



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/2015

zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Walter Taubeneder**
Mitberichterstatter: **Toni Schuberl**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf federführend beraten und endberaten. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie und der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport haben den Gesetzentwurf mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 13. Sitzung am 6. Juni 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: kein VotumZustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat den Gesetzentwurf in seiner 12. Sitzung am 27. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf in seiner 8. Sitzung am 3. Juli 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

5. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 15. Sitzung am 11. Juli 2019 endberaten und einstimmig **Zustimmung** empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 5 als Datum des Inkrafttretens der „1. August 2019“ eingefügt wird.

Petra Guttenberger
Vorsitzende